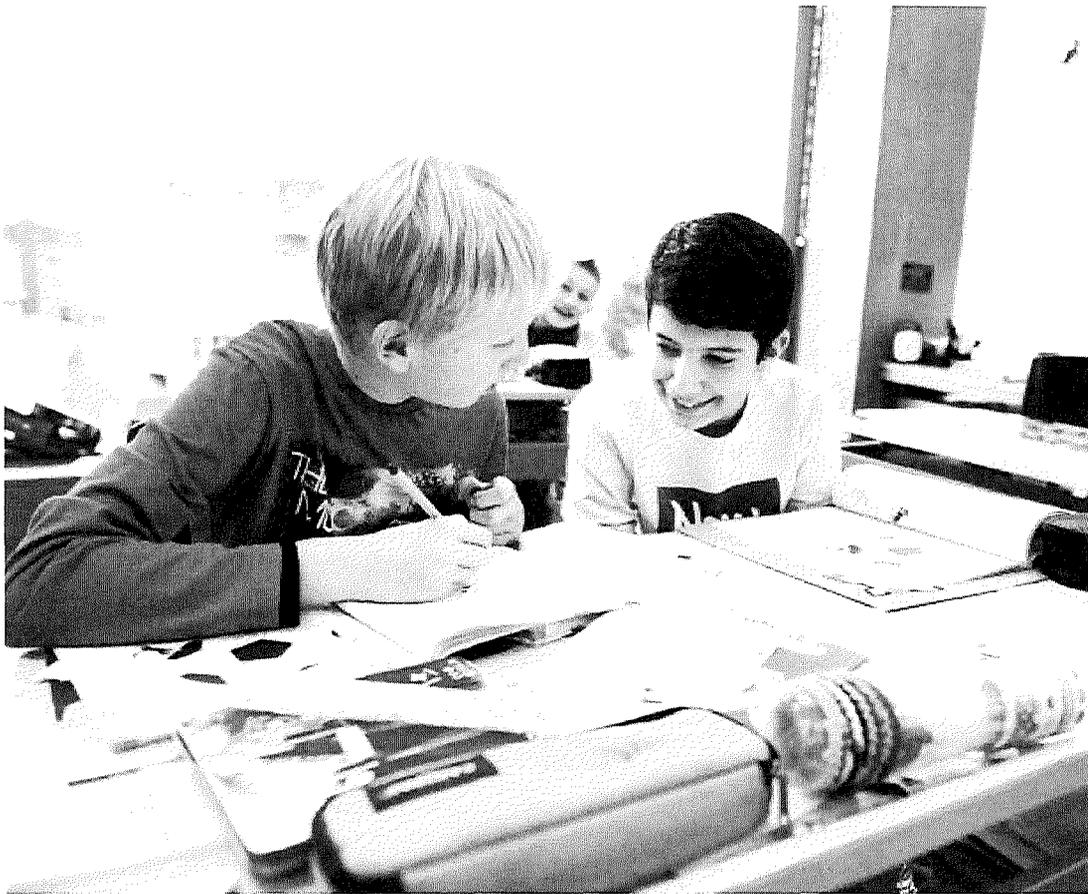


Nur noch eine Fremdsprache?



Französischunterricht im Schulhaus Turmatt in Stans.
Bild Corinne Glanzmann

Föderalismus lebt

SPRACHUNTERRICHT sda. Bei einem Ja wäre Nidwalden nicht der einzige Stand, in dem das Sprachenmodell 3/5 nicht angewendet wird. In Uri ist die zweite Landessprache (Italienisch) ab der 5. Klasse nur ein Wahlpflichtfach. Appenzell Innerrhoden unterrichtet Französisch erst ab der 7. Klasse und will dies trotz Lehrplan 21 beibehalten. Noch nicht umgesetzt ist das Standardmodell 3/5 zudem im Aargau, Thurgau will sich wieder aus diesem verabschieden. Englisch ab der 3. Klasse und Französisch ab der 5. Klasse kennen wie bislang Nidwalden, Luzern, Schwyz, Obwalden, Zug, St. Gallen, Appenzell Ausserrhoden, Schaffhausen und Glarus. In Zürich wird bereits ab der 2. Klasse Englisch unterrichtet. In den beiden Basel und Solothurn sowie in den deutschsprachigen Teilen von Bern, Freiburg und Wallis beginnt der Französischunterricht in der 3. und der Englischunterricht in der 5. Klasse. In der Romandie wird zuerst Deutsch und dann Englisch unterrichtet. Im Tessin werden drei Fremdsprachen gelernt, eine eigene Lösung hat Graubünden mit seinen drei kantonalen Sprachen.

sda/mvr. Bei der Abstimmung geht es um eine Volksinitiative der SVP, die verlangt, dass in der sechs Jahre dauernden Primarschule nur noch eine Fremdsprache unterrichtet wird. Welche dies sein soll, lässt das Volksbegehren offen. Wegen der im Initiativtext genannten Termine kommt nach Angaben des Regierungsrates indes nur ein Ver-

NIDWALDEN Am 8. März sagt das Volk, ob die Primarschüler neben Englisch weiterhin Französisch lernen sollen. Die Regierung ist dafür, der Landrat dagegen. Wir stellen heute die Ausgangslage dar und blenden mit vier Auszügen (unten) auf die Debatte vom Oktober 2014 im Landrat zurück.

men gegen die Initiative aus. Die Gegner der Initiative führen neben pädagogischen staatspolitische Argumente an. Nidwalden dürfe sich bildungspolitisch nicht isolieren, sondern müsse den Fremdsprachenunterricht mit den anderen Kantonen angehen. Die Initiative komme somit zum falschen Zeitpunkt.

8. März 2015 Abstimmung

zucht auf Französisch in Frage. Beim Entscheid spielen nicht nur bildungspolitische Fragen, sondern auch staatspolitische Überlegungen eine Rolle.

Nidwalden setzt seit 2007 im Fremdsprachenunterricht das Modell 3/5 um. Wie in der Mehrzahl der Zentral- und Ostschweizer Kantone wird ab der 3. Klasse Englisch als erste und ab der 5. Klasse Französisch als zweite Fremd- und Landessprache gelernt.

Die SVP kritisiert, dass mit diesem Modell die deutsche Sprache und die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer in der Primarschule zu kurz kämen. Fremdsprachige Kinder würden gegenüber deutschsprachigen benachteiligt. Zudem hätten sich die hohen Erwartungen an den frühen Fremdsprachenunterricht nicht erfüllt.

Der Nidwaldner Regierungsrat folgte diesen Argumenten im letzten August und stimmte der Initiative zu, dies nur wenige Tage, nachdem der Grosse Rat von Thurgau sich für die Abschaffung des Frühfranzösisch ausgesprochen hatte. Gleichzeitig versuchte er klar zu

machen, dass er das Fach Französisch nicht schwächen, sondern nur die Französischstunden auf die Oberstufe verschieben wolle.

Entscheid mit Sprengkraft

Trotz dieser Beschwichtigungen löste der Entscheid der Nidwaldner Regierung in der Romandie Befremden und eine Debatte über den nationalen Zusammenhalt aus. Der Präsident der Erziehungsdirektorenkonferenz sprach ein Machtwort und erklärte, dass das Fremdsprachenmodell 3/5 durchgesetzt werde. Im Oktober sprach sich dann der Nidwaldner Landrat mit 37 zu 17 Stim-

Von Beginn weg Opposition

Die schweizweite Harmonisierung des Fremdsprachenunterrichtes stiess in der deutschsprachigen Schweiz von Beginn weg auch auf Widerstand. 2006 wurde in Schaffhausen, Thurgau, Zug und Zürich über Initiativen abgestimmt, die die Beschränkung auf eine Fremdsprache verlangten; sie wurden abgelehnt. In Luzern wurde eine gleichlautende Initiative 2007 zurückgezogen.

In Luzern ist erneut eine Fremdspracheninitiative hängig. Gleiches gilt für Graubünden. Dazu kommen Vorstösse in diversen Kantonen gegen den Deutschschweizer Lehrplan 21, mit denen teilweise auch das Fremdsprachenmodell 3/5 bekämpft wird.

Fuder in der Primar überladen

ARMIN ODERMATT (SVP, Büren): «Kann es Sinn der Bildung sein, dass jeder drei Sprachen beherrscht, aber keiner mehr einen tropfenden Wasserhahn reparieren kann? (...)

Wer schon mit einfachen Kopfrechnungen Mühe hat, steht, sobald er in eine Berufslehre kommt, sehr schnell an. Wenn ein Lehrling schon beim Ausfüllen eines einfachen

Arbeitsrapportes Mühe hat, und der Rapport zum Beispiel mit Rechtschreibfehlern überhäuft ist, wird er vom Lehrmeister sicher nicht mehr geschickt, um einfache Kundenarbeiten zu erledigen, weil es sich der Lehrbetrieb schlicht nicht leisten kann, alle Rapporte auf Schreibfehler zu kontrollieren. Deshalb sind wir zur Überzeugung gekommen, dass das Fuder in der Primarschule überladen ist: Von allem ein wenig, aber von allem zu wenig. (...)

Mehrere Studien belegen, dass es nicht stimmt, wenn Kinder früher lernen, dass sie auch schneller und besser lernen würden. (...) Kerngeschäft in der Primarschule kann nicht die Vermittlung von Fremdsprachen sein.»

Pädagogische Ziele nicht erreicht

RES SCHMID (Bildungsdirektor, SVP): «Die Initiative - um das hier festzuhalten - verlangt nicht die Abschaffung des Frühfranzösisch. Sie will nur eine Fremdsprache auf der

Primarstufe. (...) Ich verwehre mich dagegen, wenn gesagt wird, in Nidwalden würde das Französisch geschwächt. Das stimmt nicht. (...) In Nidwalden würde das Französisch

durch dieses System - da ist der Regierungsrat zusammen mit Wissenschaftlern überzeugt - gestärkt. (...) Wichtig ist zu wissen, dass der frühe Fremdsprachenunterricht in der Primarschule in gutem Wissen und Gewissen vor rund zehn Jahren eingeführt wurde. Dies aufgrund der Bildungsstrategie der EDK, die aus sagte, dass es umso besser sei, je früher die Kinder mit einer Fremdsprache in Kontakt kommen würden und üben könnten. Das waren pädagogische Gründe, welche sehr fundiert angegangen worden sind. Mittlerweile sind wir zehn Jahre älter an Erfahrung, und es hat sich leider - das muss ich betonen - herausgestellt, dass diese pädagogischen Ziele eben nicht erreicht werden können.»

Hohe Folgekosten wollen wir nicht

SUSANNE ETLIN-WICKI (SP, Stans): «Die Initianten reden von einer Überforderung der Schüler, im Besonderen der Buben. Es gibt Kinder, die lieber an naturwissenschaftlichen Themen

arbeiten, genauso, wie es Kinder gibt, die ihre liebe Mühe mit Mathematik haben. Und dies ist geschlechterunabhängig. Ich bezweifle sehr, dass die Buben, von denen ständig die Rede ist, im pubertären Alter von 13/14 Jahren frischer, motivierter und unbefangener fünf Lektionen Französisch pro Woche lernen. Ebenfalls sehen wir bei der Umsetzung des vorgesehnen obligatorischen Welschlandaufenthaltes von zwei Wochen für rund 300 Schüler grosse Fragezeichen. Die Organisation, die Kosten, der passende Zeitpunkt - das sind nur einige Stichworte dazu. (...)

Auf Orientierungsstufe müsste die Nachqualifikation der Lehrpersonen erneut gestartet werden. Ebenfalls müssten die Lehrmittel dem Alter der Schüler angepasst werden. Das würde erneut hohe Folgekosten nach sich ziehen. Diese Mehrausgaben können und wollen wir uns nicht leisten.»

Wirtschaftssicht nicht die wichtigste

THOMAS WALLIMANN (Grüne, Ennetmoos): «Bildungsfragen gehören zu jenen politischen Fragen, in denen wir alle ausnahmslos Spezialisten sind, weil wir ja alle in die Schule gegangen sind. (...) Es handelt sich bei diesem Thema grossmehrfach um eine Glaubensfrage. Es geht also um die Einstellung, die unser Bildungsverständnis prägt. (...)

Für mich ist der nationale Zusammenhalt wichtiger. Ich erlebe das auch bei meiner Arbeit. Es ist für mich bedeutender, Fremdsprachen zu können, auch was die künftigen Herausforderungen in dieser Welt betrifft, wenn wir irgendwohin gehen müssen. Es ist nicht zu früh, wenn die Kinder frühzeitig lernen, dass unterschiedliche Sprachen unterschiedlich schwierig sind, weil sich dadurch neue Dimensionen eröffnen. Das ist der Grund, weshalb ich gegen die Initiative bin. Nicht weil ich finde, man könnte eine oder zwei Sprachen unterrichten oder Englisch oder Französisch, sondern weil ich der Auffassung bin, dass der Regierungsrat vorgespurt hat, dass er die Wirtschaftsperspektive als die wichtigste anschaut.»